Kreistag des Landkreises Altenburger Land
Kreisausschuss

Niederschrift KA/32/2007

der 32. Sitzung des Kreisausschusses **- öffentlicher Teil -** am Montag, dem 03.09.2007, 15:30 Uhr, im Landratsamt Altenburger Land, Lindenaustraße 9, 04600 Altenburg, Ratssaal

---

Anwesenheit:

Landrat

Rydzewski, Sieghardt Landrat

Fraktion CDU

Melzer, Uwe
Ronneburger, Jürgen

Fraktion SPD

Schemmel, Volker

Fraktion Die Linke.Altenburger Land

Reimann, Michaele

Fraktion FDP

Schalla, Karsten

Fachbereichsleiter

Gelbrich, Kunz	
Gräfe, Christine	hauptamtl. Beigeordnete
Thieme, Ronny	
Wenzlau, Bernd	

Fachdienstleiter

Wecker, Martina	
Wolf, Thomas	i. V. für Herrn Boße

weitere Teilnehmer

Dütsch, Brigitte	Mitarb. FD 10

Vorsitz: Landrat Sieghardt Rydzewski

Schriftführung: Gudrun Benndorf

Beginn der Sitzung: 15:30 Uhr

Ende der Sitzung: 17:34 Uhr

Die Sitzung war von 15:52 Uhr bis 17:31 Uhr zur Durchführung des nicht öffentlichen Sitzungsteils unterbrochen.

Der Landrat eröffnet die 32. Sitzung des Kreisausschusses, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.
Auf Wunsch aller Ausschussmitglieder wurde der Sitzungsbeginn auf 15:30 Uhr vorverlegt. Zur Wahrung des Öffentlichkeitsgrundsatzes weist der Landrat darauf hin, das erforderlichenfalls eine umfassende Information an eventuelle Gäste der öffentlichen Sitzung über die behandelten Gegenstände erfolgt.

Folgende Tagesordnung wird einstimmig bestätigt:

Tagesordnung:

		Drucksachen Nr.
1	Genehmigung der Niederschrift der 31. Sitzung vom 27. 06. 2007	
2	Informationen, Allgemeines	
2.1	Information über die Teilnahme an der „Grünen Woche“	
2.2	Demontage der Notruftelefone der Björn-Steiger-Stiftung	
3	Vergabe von Lieferleistungen > 50.000,00 Euro Lindenau-Museum, Gabelentzstraße 5, 04600 Altenburg, Los 2 Erneuerung der Einbruchmeldeanlage	V-KA/32/01/2007nö
4	Vergabe des Auftrages zur Begleitung des Verfahrens zum Verkauf der Geschäftsanteile des Landkreises Altenburger Land an der Seniorenzentrum Meuselwitz gemeinnützige GmbH	V-KA/32/02/2007nö
5	Befristeter Vertragsabschluss zur Betreibung des Asylbewerberheimes - Beschlussfassung	V-KA/32/03/2007nö

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift der 31. Sitzung vom 27. 06. 2007

Die Niederschrift vom 27. 06. 2007 wird mit 5 Ja-Stimmen bei einer Stimmenthaltung genehmigt.

TOP 2 Informationen, Allgemeines

TOP 2.1 Information über die Teilnahme an der „Grünen Woche“

Der Landrat informiert über das vorgesehene stärkere Engagement des Landkreises auf der „Grünen Woche“ im kommenden Jahr. Der Landkreis wird sich gemeinsam mit den Landkreisen Weimarer Land und Saalfeld-Rudolstadt 2008 unter dem Slogan „Hier ist Thüringen“ präsentieren. Am gemeinsamen Marketing wird sich der Landkreis mit 5000 € beteiligen. Fördermöglichkeiten werden noch geprüft.

Weiter informiert der Landrat über ein Schreiben des Staatssekretärs Anzinger, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, vom 24. 08. 07 zum Thema ARGE. Im Sozialausschuss vergangener Woche wurde das Thema bereits besprochen.
Frau Gräfe informiert, dass in diesem Schreiben darum gebeten wird, wieder in das Verhandlungsverfahren einzutreten, um den Fortbestand der ARGE durch eine angemessene Finanzierung der Verwaltungskosten mit mindestens 12,6 % zu erhalten.
Sie zitiert wie folgt aus dem Schreiben:

„Die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales den Arbeitsgemeinschaften und zugelassenen kommunalen Trägern zugewiesenen Verwaltungsmittel werden anhand der Zahl der Bedarfsgemeinschaften ermittelt und sind unabhängig vom jeweiligen finanziellen Engagement der Kommune. Dies hat zur Folge, dass ein zu geringer kommunaler Finanzierungsanteil zu einer ungenügenden Gesamtausstattung an Verwaltungsmitteln in der Arbeitsgemeinschaft führt. Häufig wird - wie wir an Daten zur Haushaltsumsetzung sehen - diese ungenügende Ausstattung an Verwaltungsmitteln durch eine Umverteilung aus dem Eingliederungstitel ausgeglichen.“

Frau Gräfe erläutert, dass ein Verwaltungskostenbudget von 10.563 T€ auch im Jahr 2006 ausgereicht hat. Jetzt wird von uns eine Million Euro mehr verlangt. Es war nie so, dass Eingliederungsmittel in den Verwaltungskostenanteil geflossen sind. Außerdem wurden die Eingliederungsmittel in Altenburg nicht ausgereicht, weil sie erst im Oktober zugewiesen wurden und jetzt wieder eine 15-%-Sperre darauf liegt. Was im o. g. Schreiben angeführt ist, trifft also auf unseren Landkreis nicht zu. Erste Handlungen zur Trennung der ARGE haben wir erst durchgeführt, nachdem von der Bundesagentur eine Organisationsanweisung als Dienstanweisung mit Weisungscharakter erteilt wurde, die die Überleitung der ARGEn in die Organisationsform der getrennten Aufgabenwahrnehmung beinhaltet. Erst nach dem 23. 07. 2007 haben wir entsprechende Vorbereitungen getroffen. Seit dem 4. August bis zum heutigen Tag haben wir 34,63 % der Akten angelegt, es waren am Anfang 10.500 Akten, die es abzugleichen galt. Bis zum Jahresende werden alle Akten angelegt, das EDV-Programm installiert und die Mitarbeiter geschult sein. Sie schätzt ein, dass es kein Zurück mehr gibt. In der Trägerversammlung im April wurde festgelegt, dass gemeinsam weiter am Theaterplatz gearbeitet wird. Laut Informationen von Mitarbeiterin wird aber im Gebäude Fabrikstraße umgebaut, so dass davon auszugehen ist, dass die Agentur aus dem Gebäude Theaterplatz ausziehen wird. Es wurde eine dringende Trägerversammlung für den 10. 9. einberufen, um eine Klärung herbeizuführen, wo, wann, wie die Bürger ihre Anträge abgeben können.

Der Landrat äußert seine Zuversicht, dass trotz der offensichtlichen Behinderungen durch die Agentur unsere Ziele bis zum Jahresende erreicht werden.

Frau Reimann spricht sich für eine optierende Kommune aus, was aber zur Zeit gesetzlich nicht möglich ist, weil diese angeblich zu viel Geld ausgeben. Als Problem stellt sich für sie dar, dass die betroffenen Bürger zwei Anlaufstellen haben werden. Sie erwartet, dass in der Trägerversammlung der entsprechende Druck ausgeübt wird. Der „Schwarze Peter“ wird auf diese Art dem Landkreis zugeschoben.

Frau Gräfe meint, dass daran auch in der Trägerversammlung nichts mehr geändert werden könne, da die Umbauarbeiten schon laufen. Es ist auch keine Entscheidung von Frau Meineck. Planung, Personal und Sachkosten werden nach der neuen Organisationsstruktur von Jena aus erledigt, so dass Entscheidungen in Unkenntnis der örtlichen Gegebenheiten getroffen werden. Z. B. war in der Trägerversammlung vereinbart, dass wir am 30. 6. eine Information erhalten, wie Technik, Möbel usw. verrechnet werden. Darüber hat nun nicht mehr Frau Meineck zu entscheiden, sondern Jena. In den Dienstanweisungen, die uns von der Agentur zur Unterschrift vorliegen, sieht es z. B. so aus, dass kommunale Mitarbeiter in diesem Aufgabengebiet tätig sein dürfen, nur die Mitarbeiter vom Landratsamt nicht. Uns ist nicht bekannt, was mit dem Mobiliar, den Telefonen und Computern wird. Computer haben wir inzwischen selbst bestellt. Jeden Mittwoch führt Frau Gräfe mit allen Beteiligten im Hause eine Besprechung zur Klärung von Problemen durch. Sie schätzt ein, dass durch die gute Zusammenarbeit die anstehenden Probleme rechtzeitig gelöst werden können.
Der Landrat bietet auf Bitte von Frau Reimann an, dass die Fraktionsvorsitzenden das Schreiben von Staatssekretär Anzinger in seinem Büro einsehen können.

TOP 2.2 Demontage der Notruftelefone der Björn-Steiger-Stiftung

Der Landrat informiert, dass die Björn-Steiger-Stiftung die im Landkreis vorhandenen Notruftelefone abbauen wird.
Herr Thieme informiert dazu, dass vor ca. 8 Jahren im Landkreis 47 Notruftelefone, überwiegend an Bundesstraßen, aufgebaut wurden. Danach erfolgten ständige Bitten der Stiftung zur finanziellen Beteiligung, ohne konkrete Beträge zu nennen. Am Ende ergab sich pro Telefon ein Betrag von ca. 300 €. Er verweist auf eine bereits im Kreisausschuss geführte Diskussion mit dem Ergebnis, sich daran nicht zu beteiligen.
Deutschlandweit hat die Stiftung über 7000 Notruftelefone aufgebaut, wovon täglich eins zerstört wird. Die Stiftung hat mitgeteilt, dass sie die zerstörten Notruftelefone nicht mehr aufbauen und gleichzeitig in den Landkreisen, die sich finanziell nicht beteiligen, alle Notruftelefone abbauen wird. Die Zuschüsse sind in den letzten 12 Jahren um 80 % gesunken, was zeigt, dass auch andere Landkreise sich zurück gezogen haben.
Nach Auskunft der Leitstelle gehen im Jahr 2 - 3 Anrufe über diese Telefone ein. Der Großteil wird über Handys oder Festnetz getätigt. Beim Handy besteht das Problem der ungenauen Ortung. Deshalb stellt die Björn-Steiger-Stiftung eine Software bereit, die auch von der Leitstelle genutzt wird. Damit kann eine genaue Handy-Ortung erfolgen. Die Leitstelle sieht keine Problem im Abbau der Telefone. Eine Übersichtskarte der Telefon-Standorte liegt Herrn Thieme vor. Der Landrat beauftragt Herrn Thieme, ein Antwortschreiben an die Stiftung vorzubereiten.

Der Landrat unterbricht die öffentliche Sitzung von 15:52 Uhr bis 17:31 Uhr zur Durchführung der nicht öffentlichen Sitzung. 17:31 Uhr tritt der Ausschuss wieder in die öffentliche Sitzung ein.

V-KA/32/01/2007nö

TOP 3 Vergabe von Lieferleistungen > 50.000,00 Euro Lindenau-Museum, Gabelentzstraße 5, 04600 Altenburg, Los 2 Erneuerung der Einbruchmeldeanlage

Der Kreisausschuss fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 39:

Der Kreisausschuss beschließt, den Auftrag für das Los 2 - Erneuerung der Einbruchmeldeanlage im Lindenau-Museum in Altenburg an den Bieter

ERM & IBB GmbH
Parkallee 8
99438 Weimar-Legefeld

mit einer Bruttoauftragssumme in Höhe von **56.571,16 Euro** zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:
Von den 6 beschließenden Mitgliedern des Kreisausschusses waren zur Abstimmung 6 Mitglieder anwesend.
Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

V-KA/32/02/2007nö

TOP 4 Vergabe des Auftrages zur Begleitung des Verfahrens zum Verkauf der Geschäftsanteile des Landkreises Altenburger Land an der Seniorenzentrum Meuselwitz gemeinnützige GmbH

Der Kreisausschuss fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 40

Der Kreisausschuss ermächtigt den Landrat, den Auftrag zur Begleitung des Verfahrens zum Verkauf der Geschäftsanteile des Landkreises Altenburger Land an der Seniorenzentrum Meuselwitz gemeinnützige GmbH an die Kanzlei Büring Reger Bierwisch mit einem Pauschalhonorar von brutto 10.591 € (incl. 19 % Mehrwertsteuer) zzgl. entstehender Nebenkosten (Auslagen und Sachkosten in Verbindung mit Registerauskünften u. ä.) zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:
Von den 6 beschließenden Mitgliedern des Kreisausschusses waren zur Abstimmung 6 Mitglieder anwesend.
Der Beschluss wurde mit 5 Ja-Stimmen und einer Gegenstimme gefasst.

V-KA/32/03/2007nö

TOP 5 Befristeter Vertragsabschluss zur Betreibung des Asylbewerberheimes - Beschlussfassung

Der Kreisausschuss fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 41 :

Der Kreisausschuss ermächtigt den Landrat, mit dem Betreiber der Gemeinschaftsunterkunft für ausländische Flüchtlinge in der Leipziger Straße 64 in 04600 Altenburg, GESO Gesellschaft für soziale Dienste mbH, Weisbachstraße 01, 09599 Freiberg, Verhandlungen über einen befristeten Neuabschluss des Betreibervertrages zu führen und einen Vertrag auf der Grundlage des bisherigen Betreibervertrages vom 31.01.2006 mit einer Maximalsumme bis zu 203,0 T€ und einer Laufzeit vom 01.01.2008 bis zum 30.06.2008 abzuschließen

Abstimmungsergebnis:
Von den 6 beschließenden Mitgliedern des Kreisausschusses waren zur Abstimmung 6 Mitglieder anwesend.
Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Der Landrat schließt die 32. Sitzung des Kreisausschusses um 17:34 Uhr und wünscht einen schönen Feierabend.

Altenburg, den 02.10.07

Der Vorsitzende — Die Schriftführerin

Sieghardt Rydzewski
Landrat

Gudrun Benndorf
Büro des Kreistages